



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Sozialausschuss
- L 212 -

Kiel, 3. Februar 2017
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1144
(0431) 988 1171
Fax (0431) 988 610 1180
Sozialausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

84. Sitzung des Sozialausschusses

*am Donnerstag, dem 2. Februar 2017,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition die Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung eines **Rettungsdienstgesetzes**, [Drucksache 18/4586](#), in der vom Ausschuss geänderten Fassung.

Abschließend zur Kenntnis nahm der Ausschuss folgende Vorlagen:

- **Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit 2013/2014**
[Drucksache 18/3974](#)
- **Bericht zur Umsetzung der Fortführung und Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendaktionsplans**
Bericht der Landesregierung, [Drucksache 18/4721](#)
- **Bericht zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**
Bericht der Landesregierung, [Drucksache 18/4722](#)
- **Ergänzungsbericht zum Stand der Diabetes-Erkrankungen in Schleswig-Holstein sowie zu den präventiven und nachhaltigen Maßnahmen zur Krankheitseindämmung Zwischenbericht zur Landes-Präventionsinitiative Diabetes mellitus Typ 2**
Bericht der Landesregierung, [Drucksache 18/4859](#)

- **Kindertagesstätten und Tagespflege**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/3504](#)

Ferner empfahl der Ausschuss im Einvernehmen mit den beteiligten Ausschüssen dem Landtag einstimmig, den **Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages für das Jahr 2015**, [Drucksache 18/4056](#), zur Kenntnis zu nehmen.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur **Neuordnung der Hochschulmedizin**, [Drucksache 18/4813](#), gab der Sozialausschuss kein eigenes Votum an den federführenden Bildungsausschuss ab, sondern schloss sich dessen Votum an.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur **Sicherung der Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten**, [Drucksache 18/4860](#), empfahl der Ausschuss dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition.

Dem federführenden Wirtschaftsausschuss empfahl der Sozialausschuss mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung der CDU, den Antrag der Fraktion der FDP, **Für eine zukunftssichere Altersversorgung**, [Drucksache 18/4217](#), abzulehnen.

Der Ausschuss empfahl dem Landtag sodann einstimmig mit Zustimmung der jeweiligen Antragsteller, folgende Anträge für erledigt zu erklären:

- **Fonds für die Heimerziehung**

Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/3173](#) (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/3218](#)

- **Bundesteilhabegesetz zurückziehen und komplett neu ausrichten**

Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/4404](#)

Bundesteilhabegesetz zum Fortschritt für Menschen mit Behinderungen machen

Änderungsantrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/4659](#)

Bundesteilhabegesetz zu einem echten Bundesleistungsgesetz weiterentwickeln

Änderungsantrag der Fraktion der FDP, [Drucksache 18/4661](#)

Der Sozialausschuss empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition, den Antrag der Fraktion der CDU, **Flexiblere Betreuungsangebote schaffen - die Qualität entscheidet**, [Drucksache 18/3503](#), abzulehnen.

Der Ausschuss nahm sodann in teilweise nicht öffentlicher und vertraulicher Sitzung einen Bericht der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung zu den in den **Medien aufgetauchten Vorwürfen gegen die Einrichtung „Sternipark GmbH“ in Mittelangeln** entgegen, an den sich eine Diskussion anschloss.

Die antragstellende Fraktion der PIRATEN zog den Antrag **Medikamentenversuche im Rahmen von Heimerziehung - Entschädigungssätze pauschaliert anheben**, [Drucksache 18/4405](#), zurück. Im Rahmen seines Selbstbefassungsrechtes beschloss der Ausschuss einstimmig, dem Landtag die Annahme eines Antrags mit dem Titel „**Medikamentenversuche im Rahmen von Heimerziehung**“, [Umdruck 18/7301](#), zu empfehlen.

Der Ausschuss setzte folgenden Punkt von seiner Tageordnung ab:

- **Für eine integrative Pflegeausbildung**
Antrag der Fraktion der FDP, [Drucksache 18/4216](#)

Schluss: 17:50 Uhr

gez. Petra Tschanter